

Pressemitteilung

KiTa Elternvertretung begrüßt Koalitionsvertrag

Als einen "Schritt in die richtige Richtung" bezeichnet der 1. Vorsitzende des Landeselternrates KiTa NRW, Andreas Blanke, den zwischen SPD und GRÜNEN ausgehandelten Koalitionsvertrag. Die Landeselternvertretung gehe davon aus, dass auch die Platzierung - der Vertrag beginnt mit dem Kapitel Frühkindliche Bildung- kein Zufall sei, denn man habe in der Vergangenheit immer auf die gesamtgesellschaftlich zentrale Bedeutung dieses Themas hingewiesen. Blanke und seine Mitstreiter wollen jetzt abwarten, wie die nächsten Schritte aussehen und dann zum Dialog bereit stehen. Dies habe man den beiden Fraktionsspitzen schon während den Beratungen mitgeteilt und sei zuversichtlich, dass die neue Landesregierung zu ihrem Wort stehe.

Eine zentrale Forderung der Elternvertretung war und ist die vorzeitige Revision des am 1. August 2008 in Kraft getretenen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz), da nicht zuletzt aus Sicht der Eltern die bisherigen Rahmenbedingungen für gute frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern als unzureichend angesehen wurden. "Wir werten daher die Zusage einer sofortigen Revision des Gesetzes im Rahmen der parlamentarischen Beratung als Basis für die zukünftige Zusammenarbeit mit der Landesregierung, die ja in der Vergangenheit eher auf dem Papier bestand" so Blanke, der gemeinsam mit zahlreichen Elternvertretungen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens nun auch auf eine bessere, kontinuierliche Elternbeteiligung auf kommunaler- und Landesebene vertraut, nachdem im Koalitionsvertrag dieser Hinweis in letzter Konsequenz fehle. "Da hat man für den Schulbereich klarere Aussagen getroffen" ergänzt Blanke. Dort wird ausdrücklich eine Stärkung der Elternrechte festgeschrieben. "Wir werden daher unsere Forderung nach einer durchgewählten Elternvertretung im Elementarbereich auf allen politischen Ebenen in den Gesprächen weiter vorantreiben. Dies wird ein zentraler Punkt von Elternmitbestimmung in NRW sein" ergänzt Blanke weiter. Hier stehe besonders die SPD im Fokus, da diese in ihrem Wahlprogramm die Berufung von Eltern- und Beschäftigtenvertretern in den so genannten Ständigen Arbeitskreis (STAK) zugesagt hatte. In diesem Arbeitskreis, der im Familienministerium angesiedelt ist, sind die Elternvertreter bisher kein ständiges Mitglied.

Eine zentrale Forderung des Landeselternrates war ferner die Elternbeitragsfreiheit. "Hier wird es wohl auf einen Kompromiss hinauslaufen, da die Haushaltslage im ersten Schritt keine völlige Beitragsfreiheit zulassen wird, und wir uns eher die Beitragsfreiheit für das erste Kindergartenjahr gewünscht hätten. Wenn es jetzt das dritte Jahr ist, können wir aber damit leben" und Blanke ergänzt: "Wenn wir entscheiden müssten, ob wir über eine generelle Beitragsfreiheit reden oder über den zweckgebundenen Einsatz von Finanzmitteln zur Qualifizierung und zum Ausbau beim pädagogischen Personal, dann setzen wir auf die Qualitätsverbesserung zu Gunsten unserer Kinder."

Wichtig ist dem Verband jedoch die flächendeckend verbindliche Angleichung der Beitragshöhen. Diese sind von Kommune zu Kommune vollkommen unterschiedlich, da diese von der Haushaltslage vor Ort abhängig sind. "Elternbeiträge nach Kassenlage der Kommune sorgen für weniger Chancengleichheit und für unsoziale Belastungen. Es kann nicht sein, dass Eltern für die Verschuldung der Kommunen verantwortlich gemacht werden! Hier erwarten wir eine entsprechende Finanzausstattung durch das Land. Es ist nicht einzusehen, dass Eltern in Duisburg mehr oder weniger hohe Beiträge zu entrichten haben, als Eltern in Oberhausen oder gar Düsseldorf", so Blanke.

Als positiv wird auch die bessere Personalausstattung durch zusätzliche Ergänzungskraftstunden in der U 3 Betreuung gewertet. Auch das die Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel für ein bedarfsgerechtes U 3-Betreuungsangebot angegangen wird, ist aus Sicht der Elternvertretung zu begrüßen, ebenso wie die Zusage, die Familienzentren gerade in sozialen Brennpunkten auszubauen und das Konzept für Familienzentren zu überprüfen. Auch die Überprüfung für das Verfahren zur Sprachstanderhebung und das Inklusionsgebot für Kinder mit Behinderungen für Kindergärten umzusetzen, sei ein Schritt in die richtige Richtung. Mit großem Interesse habe man auch die Aussage zur Kenntnis genommen, wieder ein Landesinstitut für Bildung zu gründen, in das der Bereich der Elementarbildung integriert werden soll. Jetzt liege der Ball bei der neuen Landesregierung. "Wir Elternvertreter sind spielbereit und die Fußballweltmeisterschaft hat gezeigt, dass man im Team und mit dem nötigen Sachverstand auf allen Spielfeldpositionen mehr Erfolg hat." Blanke setzt daher auf die beiden neuen „Trainerinnen“, in der Hoffnung, dass der Rest der Mannschaft auch mitspielt. Kinder und Eltern in Nordrhein-Westfalen hätten es verdient!

**Ansprechpartner:
Andreas Blanke**

c/o Landeselternrat Kindertageseinrichtungen in NRW e.V.
Kolberger Str.27, 46149 Oberhausen
Telefon: 0151-58863068
EMail: info@landeselternrat-kita-nrw.de